

# Der Mut der Lemminge



Konservative, Rechte

und Islamkritiker sind im Deutschland des Jahres 2008 Menschen zweiter Klasse. Die Ereignisse rund um den Anti-Islamisierungskongress in Köln lassen daran keinen Zweifel. Wobei selbst die Bezeichnung „Mensch“ für Andersdenkende mittlerweile keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Der Kölner SPD-Chef Jochen Ott bezeichnete Islamkritiker etwa als „Nazidreck“, sein Parteikollege, der Bezirksbürgermeister von Köln-Ehrenfeld, Josef Wirges, wurde noch konkreter und sagte im Spiegel-TV Interview: „Soll die braune Soße doch im Rhein versinken“. Oberbürgermeister Schramma von der CDU wiederum verkündete: „Das Braune gehört in die Kloschüssel“. Der Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Jürgen Wilhelm, verglich die Islamkritiker gar mit einer Seuche: „Diese Typen sind die Pest der deutschen und europäischen Politik, und wir werden sie als solche therapieren.“ Dass angesichts dieser radikal-verbalen Ausfälle und Entgleisungen von Spitzenpolitikern die aufgetanzten Antifa-Kindertruppen (laut Polizeiangaben war ein nicht unbeträchtlicher Teil der „Demonstranten“ unter 16 Jahre alt) ein dementsprechend aggressives Verhalten gegenüber den Kongressteilnehmern an den Tag legten, kann deshalb nicht verwundern, zumal niemand – weder die Politiker, noch die Mainstreammedien – diese Verbalattacken kritisierte oder gar verurteilte. Nicht einmal die politisch korrekte „Sprachpolizei“, die bereits zu hyperventilieren beginnt, wenn sich jemand nicht „gendergerecht“ ausdrückt, hatte an diesen menschenverachtenden Ausfällen etwas zu bemängeln. Das lässt

nur einen Schluss zu: es gehört bei deutschen Politikern und Journalisten zum *common sense*, Rechten und Islamkritikern das Menschsein abzusprechen. Für ein Land mit dieser Vergangenheit ist das mehr als bemerkenswert und überaus beunruhigend.

Denn gerade die Nationalsozialisten haben die Sprache als Kampfinstrument benutzt und eingesetzt, um Hemmschwellen abzubauen und Gewalt zu legitimieren. Spott und Verächtlichmachung, Entmenschlichung (etwa durch Tiermetaphern) und Verleumdung waren dabei gezielt eingesetzte Mittel. Mit Tiermetaphern (Rattenplage, Bluteigel, Volksschädling, etc.), mit Vergleichen mit Krankheiten und Seuchen (Krebsgeschwür, Pest, etc.) oder mit Bezeichnungen wie „Scheiße“ oder „Dreck“ wird der Respekt gegenüber der angesprochenen Personengruppe (wissentlich oder aus Unkenntnis) zerstört. Dieser Respekt bildet aber einen psychologischen Schutzschild gegen gewalttätige Übergriffe. Durch die Herabsetzung des Gegners zum Tier oder (noch schlimmer) zu einer Krankheit oder einem Stück Scheiße, wird Gewalt unterschwellig legitimiert: Schädlinge werden bekämpft, Scheiße wird im Klo herunter gespült. Die Herabwürdigung von Andersdenkenden zum Tier oder zu Exkrementen gehört zum Instrumentarium totalitärer Ideologien.

„Wer die Sprache radikalisiert, muss wissen, dass er dadurch auch das Denken und Handeln radikalisiert“, so Sprachwissenschaftler Ernst Heinisch, der seinerzeit in einem Gutachten festgestellt hat, dass sich Jörg Haider mit seinen Tiermetaphern der sprachlichen Methoden der Nazis bedient hat (siehe: Hans Hennig Scharsach, *Haiders Clan – Wie Gewalt entsteht*; Wien, 1995). „Erleichtert wird der Schritt zur Gewalt, wenn Vorbilder diese Grenze überschreiten“ (ebd.). Die Mechanismen sind bekannt, offenbar werden die Folgen solcher Verbalattacken billigend in Kauf genommen.

Entscheidend ist in diesem Land weniger *was* man sagt, als vielmehr, *auf welcher Seite* man steht. Wer auf der richtigen, der linken Seite steht, der hat de facto Narrenfreiheit, wer

auf der falschen Seite steht, ist praktisch vogelfrei und – wie es Herr Schramma gerne ausdrückt – nur ein Stück Scheiße, das ins Klo gehört. Das hat auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse ganz offen ausgesprochen. In einem [Interview mit dem Deutschlandfunk](#) hat er auf die Frage geantwortet, ob er denn genauso begeistert gewesen wäre, wenn Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft von einer Mehrheit der Bürger am Demonstrieren gehindert worden wäre:

*„Man kann eben in der Politik und in der Demokratie nicht nur formaljuristisch argumentieren, sondern es geht schon darum, welches Anliegen welche Gruppierung vertritt.“*

Noch Fragen? Für einen Spitzenrepräsentanten eines demokratischen Staates, ein unglaubliches Statement. Aber auch hier, keinerlei kritische Reaktionen. Schweigen im deutschen Blätterwald. Die Berufsbetroffenen und die Bedenkenräger hatten nichts gegen Thierses abenteuerliche Aussagen einzuwenden – es trifft ja die „Richtigen“. Offensichtlich ist es okay und mit der demokratischen Ordnung vereinbar, dass „Gruppierungen mit gewissen Anliegen“ die Grundrechte entzogen werden. Wer Kongresse abhalten und wer demonstrieren darf, ja wer mit dem Taxi fahren, in einem Hotel übernachten oder in ein Restaurant essen gehen darf, bestimmt seit Köln 2008 offenbar die linke Gutmenschen-Kamarilla. Allgemein gültige Gesetze? Nein, wie wir nun wissen, gehören Islamkritiker ins Klo oder auf den Grund des Rheins, da brauchen sie dann auch keine Rechte mehr.

Im Kampf gegen Rechts™ ist offenbar vieles (zum Glück noch nicht alles) erlaubt. Wo gehobelt wird, da fallen eben Späne, auf Nebensächlichkeiten wie Menschenrechte, Demonstrationsrecht oder gar Menschenwürde kann eben keine Rücksicht genommen werden. In der Masse können alle, selbst die größten Feiglinge „Courage“ zeigen und mutig gegen den Feind kämpfen.

Fokus-Chefredakteur Michael Klonovsky hat den Kampf gegen

Rechts deshalb auch treffend als [Wellnessprogramm](#) bezeichnet.

*Ein Gutteil des vermeintlichen Kampfes gegen "rechts" ist nichts weiter als ein seelisches Wellnessprogramm für seine Betreiber. Gegen "rechts" zu kämpfen, schafft definitiv ein gutes Gefühl. Schließlich weiß man ja heutzutage nicht mehr so genau, wofür und wogegen man zu sein hat, die Globalisierung ist zu anonym, George Bush oder Sarah Palin sind zu weit weg, die Klimakatastrophe ist unzuverlässig, Hitler letztlich nun doch irgendwie tot, und die Mülltrennung allein bringt das emotionale Gleichgewicht auch nicht ins Lot – also engagiert man sich gegen "rechts".*

Die mutigen Kämpfer gegen Rechts haben nichts zu befürchten, schon gar nicht von ihren „Widersachern“, der marginalisierten und verfolgten Rechten. Ihr „Mut“ und ihr Engagement werden von Staat und Medien belohnt, ja, der Kampf gegen Rechts™ lohnt sich – oft im wahrsten Sinne des Wortes. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Hitlers Tod, gibt es in Deutschland deshalb mehrere Millionen entschlossene Widerstandskämpfer. Wenn sich selbst Duckmäuser und Mitläufer wie Sophie Scholl oder Georg Elser fühlen und gerieren, dann ist das zwar lächerlich, aber grundsätzlich noch nicht problematisch. Seltsam allerdings, dass es den heroischen Kämpfern für das Gute offenbar vollkommen egal ist, dass Juden und Homosexuelle, wegen ihres Glaubens bzw. wegen ihrer sexuellen Orientierung, wieder zunehmend Opfer von Gewalt werden ([siehe etwa die jüngsten Vorfälle in Berlin](#)). Wo ist der Aufschrei der Berufsbetroffenen, wo sind die Lichterketten, wann findet das erste Solidaritäts-Konzert statt, wo sind die neuen Internetseiten? Hier gibt es allerdings einen Gegner, der diesen Namen auch verdient. Echte Zivilcourage gibt es eben nicht im Sonderangebot beim Moral-Diskonter. Der Kampf gegen Rechts™ ist die größte Massenbewegung in Deutschland seit dem Nationalsozialismus. Vorsicht ist geboten.

Der sogenannte „Kampf“, ist aber gar kein Kampf im

eigentlichen Sinne, weil ein solcher einen Gegner voraussetzt, der Widerstand leistet. Das ist hier aber definitiv nicht der Fall. Der vermeintliche Kampf ist nichts anderes, als die Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender. Für die wenigen real existierenden und gefährlichen Neonazis, wäre dieser gigantische personelle, finanzielle, logistische und propagandistische Aufwand jedenfalls nicht nötig. Aber in der Bezeichnung „Kampf gegen Rechts“ kommt bereits die faschistische Ideologie zum Ausdruck, die hinter dieser Massenbewegung steckt. Hier wird nicht Rechtsextremismus bekämpft, hier wird kein Kampf gegen rechtsextreme Staatsfeinde, kein Kampf gegen die Feinde der Demokratie oder der Menschenrechte geführt, hier werden keine Terroristen oder Attentäter verfolgt, nein, hier wird gegen alle rigoros vorgegangen, die sich im politischen Spektrum rechts von Angela Merkel bewegen.

Umso paradoxer ist das Verhalten der CDU, sie beteiligt sich rege an diesem Kampf, oftmals sogar an vorderster Front, man denke nur an die oben beschriebenen Ausfälle von Kölns Oberbürgermeister Schramma. Dass dem Kampf der CDU gegen Rechts auch immer häufiger eigene Parteikollegen zum Opfer fallen, wird offenbar als Kollateralschaden in Kauf genommen. Ob dahinter irgendeine verborgene Strategie steckt oder ob die CDU einfach nur rückgratlos und feige mit der linken Meute heult, ist in Wahrheit nicht von Bedeutung. Was die Kämpfer gegen Rechts so gerne für sich in Anspruch nehmen wollen, nämlich Courage und Mut, hat die CDU längst verloren. Aus welchen Gründen auch immer, überlässt sie dieses Land ohne jeden erkennbaren Widerstand den Neosozialisten. Auf dem Weg in die Antifa-Diktatur bleibt die CDU aber ohnehin auf der Strecke. Wer möchte schon das scheinkonservative Apportierhündchen der Linken wählen, das auf Zuruf seiner politischen Mitbewerber sogar die eigenen Parteikollegen verstößt.

Weil es im Bundestag keine einzige Kraft mehr gibt, die sich

ernsthaft gegen diese Entwicklungen stemmen würde und weil die Mainstreammedien diese Entwicklungen und Tendenzen unterstützen und befördern, wird der Druck auf die Konservativen und Rechten immer massiver und auf immer weitere Teile der Gesellschaft ausgedehnt. Mittlerweile ist es nicht einmal mehr opportun – und in gewissen Fällen auch nicht mehr ratsam – seine Sympathie für republikanische US-Politiker wie John McCain oder Sarah Palin (von George W. Bush ganz zu schweigen) zu bekunden. Sofort wird man (warum auch immer) als Rassist gebrandmarkt, in gewissen Berufsgruppen (Medien, Wissenschaft, Kunst, etc.) gefährdet eine solche Äußerung mittlerweile die berufliche Existenz. Als bekennender Freund der US-Republikaner hat man in Deutschlands Redaktionen keine Zukunftschancen. Alles, was nicht mehr dezidiert links ist, wird verfolgt, diskriminiert, verspottet und kriminalisiert. Nonkonformismus, kritisches Denken und Hinterfragen sind in der politisch korrekten Post-68er Ära ein schweres Vergehen. Nur wenige Jahrzehnte nach NS-Zeit und DDR-Diktatur hängen wieder dunkle Wolken über Deutschlands Demokratie. Wer die Dogmen der linken Multi-Kulti-Öko-Ideologie in Frage stellt, ist die Pest oder ein Haufen Scheiße. Noch geben sich die Apologeten dieser seltsamen Heilslehre mit verbalen Kraftmeiereien zufrieden. Die Frage ist nur, wie lange noch? Es wäre höchste Zeit, sich den Kampf für mehr Demokratie an die Fahnen zu heften, aber das ist eben nicht so bequem, ungefährlich und lohnend wie der Kampf gegen Rechts™.

*(Gastbeitrag von A. Wappendorf)*